



12.02.2021

über  
Herrn Oberbürgermeister *for*  
Gert-Uwe Mende

*for* 5.11.

über  
Magistrat

und  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
Dr. Gerhard Obermayr

an den Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung,  
Digitalisierung und Gesundheit

Der Magistrat

Bürgermeister

Dr. Oliver Franz

3. November 2021

#### Industriebeirat für Wiesbaden

Beschluss Nr. 0067 vom 21. September 2021, (Vorlagen-Nr. 21-F-20-0031)

Mit ihren vielfältigen Produkten und Innovationen übernehmen die örtlichen Industrieunternehmen eine unersetzliche Funktion als Wohlstandsmotor und sind entscheidende Säulen für Wertschöpfung, Beschäftigung sowie gesellschaftlichen Wandel. Mit einer aktiven Industriepolitik muss sich die Landeshauptstadt Wiesbaden dafür einsetzen, dass der industrielle Kern nachhaltig gestärkt wird und die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Industrie geschaffen werden. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören die klassischen Standortfaktoren, aber auch weitere Faktoren, wie eine Austauschplattform zwischen Wirtschaft, Verwaltung, Gewerkschaften, Kammern und Hochschulen.

Mit dem Industrienetzwerk/-beirat soll gemeinsam mit zahlreichen Partner\*innen der Industriestandort Wiesbaden gestärkt werden. Eine Erfolgsgeschichte schreibt der Beirat Industrie in Frankfurt, dem unter anderem Vertreter von Industrieunternehmen, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften angehören. Wir halten dies für den richtigen Weg, um städtische Wirtschaftspolitik im Interesse der Stadtgesellschaft fortzuentwickeln und gute Perspektiven für wirtschaftliche Prosperität und positive Beschäftigungsentwicklung zu schaffen. Nur gemeinsam und vereint können die zukünftigen Herausforderungen gemeistert werden.

Wie Bürgermeister und Wirtschaftsdezernent Dr. Oliver Franz am 14. September 2021 ankündigte, wird sich der Wiesbadener Industriebeirat am 6. Oktober 2021 offiziell konstituieren.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie weit ist die konzeptionelle Ausgestaltung des Wiesbadener Industrienetzwerkes bislang gediehen?
2. Welche Personen/Unternehmen sind beteiligt?

3. Sofern es zutrifft, dass die Unternehmensvertreter weiterhin eine Beteiligung der Gewerkschaften, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und der Hochschulen an dem Beirat ablehnen: Welche Bemühungen wurden seitens des zuständigen Dezernenten unternommen, um den Anspruch eines breiteren Netzwerks gleichwohl zur Geltung zu bringen?

Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten,

1. mit Nachdruck den Anspruch eines breit aufgestellten Netzwerks, das unterschiedliche industrierelevante Akteure wie Gewerkschaften, Kammern und Hochschulen einbezieht, zu verfolgen.
2. mit den bislang beteiligten Unternehmensvertretern den Dialog zu suchen, um sie für diese Idee zu gewinnen und sie von den Vorteilen zu überzeugen.
3. dem Ausschuss über die Ergebnisse dieser Gespräche zeitnah zu berichten.

---

#### Zu 1.:

Die konzeptionelle Ausgestaltung des IndustrieNetzwerks ist derzeit soweit gediehen:

- Seit dem Kick-off-Workshop im November 2020 haben zwei interdisziplinär besetzte Arbeitsgruppen in insgesamt 10 Sitzungen zwischen Januar und April 2021 das Konzept eines Industriebeirats erarbeitet und Themen sowie Formate der Zusammenarbeit für ein Industrienetzwerk in Grundsätzen konzeptionell entwickelt. Eine weitere Feinjustierung zu den Themen im Sinne einer strategischen Fokussierung wird der künftige Industriebeirat als Steuerungsboard für das Netzwerk vornehmen.
- Der designierte Industriebeirat hat sich danach weitere Male zum Austausch getroffen (Mai, Juni und August 2021).
- Mit dem Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e. V. (RKW) Kompetenzzentrum als Kooperationspartner wurde im Juli 2021 ein Workshop zu strategischer Personalarbeit durchgeführt. Zielgruppe: Wiesbadener Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, hier: Geschäftsführungen und Personalverantwortliche.
- Mit dem RKW Kompetenzzentrum wurde am 20. Oktober 2021 ein Workshop zum Thema Fachkräfteengpass durchgeführt. Zielgruppe: Wiesbadener Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, hier: Geschäftsführungen und Personalverantwortliche.
- Das Wiesbadener IndustrieNetzwerk wurde durch die Bildung eines Industriebeirats in das Netzwerk der regionalen Industrieinitiativen, die von der DIHK Servicestelle im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums koordiniert und unterstützt werden, aufgenommen. Dadurch findet überregionale Vernetzung und wertvoller Wissenstransfer beim Aufbau eines Industrienetzwerks statt. Dies wird der Weiterentwicklung des lokalen IndustrieNetzwerks zuträglich sein.
- Ein Erfahrungsaustausch zu Fördermöglichkeiten für Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, in Kooperation mit HA Hessen Agentur GmbH und WiBank, am 11. November 2021, Zielgruppe: Wiesbadener Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes.
- Eine Online-Umfrage zum Fachkräftebedarf der Industrieunternehmen, in Zusammenarbeit mit Amt 12. Diese läuft im Oktober/November, eine Auswertung der Ergebnisse wird im April/Mai 2022 erwartet. Zielgruppe: Industrieunternehmen im Verteiler des Referats.
- Eine interdisziplinär aufgestellte „AG Fachkräftesicherung Industrie“, für die im Dezember 2021 ein Aufruf zur Mitwirkung unter den Wiesbadener Industrieunternehmen

gestartet werden wird. Geplant ist, dass diese im Januar und März 2022 tagt. Ziel: Bestandaufnahme zum Fachkräftemangel, Entwicklung von bedarfsorientierten Ideen der Industrie zu einer Fachkräfteinitiative.

- Ein Workshop zur „Fachkräfteinitiative Industrie“ im Mai 2022, in dem die Ergebnisse der Umfrage und der AG Fachkräftesicherung Industrie zusammengeführt und weiterentwickelt werden. Die Deutscher Industrie- und Handelskammertag Servicestelle, die die regionalen Industrieinitiativen im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie begleitet, unterstützt sowohl die AGs als auch den Workshop inhaltlich und durch Moderationsleistung.
- In Planung ist das Wiesbadener Industrieforum im Oktober 2022, eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung, in der Austausch und Vernetzung, aber auch Sichtbarkeit der Industrieunternehmen im Vordergrund stehen sollen.

Der künftige Industriebeirat hat auch die Funktion eines Steuerungsboards für das Industrienetzwerk: Er soll Maßnahmen und Aktivitäten für die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes entwickeln. Ein Steuerungstreffen wird am 25. November 2021 stattfinden.

#### Zu 2.:

Das Wiesbadener Industrienetzwerk ist ein informelles und virtuelles Netzwerk, das potenziell alle Wiesbadener Betriebe des verarbeitenden Gewerbes umfasst. Dies sind - je nach Datengrundlage - rund 300 Unternehmen von 0 bis mehr als 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Quelle: Bundesagentur für Arbeit) oder 40 Betriebe mit mehr als 50 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Quelle: Statistisches Landesamt). Hinzu kommen noch Intermediäre, Kammern, die VhU, Verbände, Hochschulen, die HTAI, die WiBank und weitere, die als Multiplikator oder Experten und Kooperationspartner angesprochen werden.

Der Industriebeirat geht aus dem IndustrieNetzwerk hervor - er ist gewissermaßen ein Abbild des Netzwerks im Kleinen oder ein Subsystem.

Der Verteiler des Referats für Wirtschaft und Beschäftigung im Dezernat des Bürgermeisters umfasst derzeit 219 DSGVO-konforme Kontakte: Geschäftsführer/innen, Vorstände, Personalverantwortliche und Personalmanager, Marketingleiter und Marketingmanager von Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes.

Im Industriebeirat sind derzeit 16 Unternehmen und fünf Assoziierte Mitglieder:

- A.+E. Fischer-Chemie GmbH & Co. KG, Geschäftsführer, Manuel Fischer-Bothof
- Abbott GmbH, Geschäftsführer, Christian Grapow
- Chemische Fabrik Kreussler & Co GmbH, Geschäftsführender Gesellschafter, Dr. Stephan Travers
- DuPont Specialty Products GmbH & Co KG, Geschäftsführer Marketing, Karl Koob
- Eckelmann AG, Vorstand, Philipp Eckelmann
- EPHY-Mess Gesellschaft für Elektro-Physikalische Messgeräte mbH, Geschäftsführer, Andreas Becker
- Essity Operations Mainz-Kostheim GmbH, Geschäftsführer, Thorsten Becherer
- Geiger-Notes AG, Vorstand, Jürgen Kaiser
- Haas & Co. Magnettechnik GmbH, Geschäftsführer, Christopher Haas
- Henkell Freixenet, Global Head Corporate Communications, Jan Rock
- Holtz Office Support GmbH, Geschäftsführer, Christopher Holtz-Kathan
- InfraServ GmbH & Co. Wiesbaden KG, Geschäftsleiter, Jörg Kreutzer
- MEWA Textil-Service AG & Co. Management OHG, Vorstand Produktion & Logistik, Ulrich Schmidt
- SE Tylose GmbH & Co. KG, Standortleiter, Dr. Diethart Reichel

- SK LASER GmbH, Geschäftsführerin, Dina Reit
- VITRONIC Dr.-Ing. Stein Bildverarbeitungssysteme GmbH, Geschäftsführer, Daniel Scholz-Stein

**Assoziierte Mitglieder 2021:**

- Handwerkskammer Wiesbaden, Hauptgeschäftsführer, Bernhard Mundschenk
- Hochschule Fresenius, Prodekanin Wiesbaden und Frankfurt, Prof. Dr. Lilia Waehlert
- Hochschule RheinMain, Präsidentin, Prof. Dr. Eva Waller
- Industrie- und Handelskammer Wiesbaden, Hauptgeschäftsführerin, Sabine Meder
- Vereinigung hessischer Unternehmerverbände, (VhU) Geschäftsstelle Wiesbaden-Rheingau-Taunus, Geschäftsstellenleiter, Jürgen Funk

**Zu 3.:**

Das Referat für Wirtschaft und Beschäftigung hatte für einen Kick-off-Workshop zum IndustrieNetzwerk im November 2020 einen breiten Verteiler eingeladen, darunter auch die IG BCE. Da die Chemiebranche in Wiesbaden die größte Industriebranche ist und bei der Industriestudie 2016 eine wichtige Rolle gespielt hatte, fiel die Wahl auf diese Teilgewerkschaft.

Die Teilnehmenden des Kick-off-Workshops einigten sich auf die Bildung eines Industriebeirats; diese sollte durch zwei Arbeitsgruppen vorbereitet werden: Die „AG Formate und Strukturen der Zusammenarbeit im IndustrieNetzwerk“ sollte sich mit Themen, Inhalten und Möglichkeiten des Austauschs im Netzwerk befassen, die „AG Design eines Industriebeirats“ mit einer organisationalen Struktur eines Industriebeirats. Beide AGs waren interdisziplinär besetzt, Herr Rosenlöcher als Vertreter der IG BCE arbeitete in beiden Arbeitsgruppen mit.

Beide Arbeitsgruppen erarbeiteten zunächst Vision, Missionstatement, Nutzenversprechen und Werte im IndustrieNetzwerk bzw. Industriebeirat - Basis für eine „Gemeinsame Erklärung“, die Grundlage des Handelns sein und von den Mitgliedern des Industriebeirats unterzeichnet werden sollte.

In der Sitzung der AG „Design des Industriebeirats“ am 22. Februar 2021 ging es um die eigentliche Struktur des Beirats. Das Referat für Wirtschaft und Beschäftigung brachte hierzu den Vorschlag eines breiten Bündnisses gleichberechtigter Partner ein, darunter auch die IG BCE (Modell 1.0). Die Industrievertreter sprachen sich dagegen aus, dass Hochschulen, die VhU, die Kammern und die Gewerkschaften ein den Industrievertretern gleichberechtigtes Stimmrecht ausüben könnten mit der Begründung, diese könnten als Nicht-Industrieunternehmen und deren Leitung keine Entscheidungen für die Industrieunternehmen bzw. in Hinblick auf Industriebelange treffen. Die Unternehmensvertreter präferierten eine Differenzierung in „Vollmitglied/volle Stimmberechtigung = Industrieunternehmen = Industriebeirat“ und „alle Nicht-Industrieunternehmen = themen- und fallweise beratende Funktion = assoziierte Partner“ auf Basis eines Kompromissvorschlags der Hochschulen (Modell 2.0). Während die Hochschulen, die IHK und die Vereinigung hessischer Unternehmerverbände e.V. eine themen- und fallweise beratende Funktion als assoziiertes Mitglied (Modell 2.0) akzeptierten, war dies dem Vertreter der IG BCE nicht möglich, da diese sich als Vollmitglied sah. Die IG BCE reagierte mit Schreiben vom 17. März 2021, dessen Absender mehrere Gewerkschaften waren.

Einer der Gründe, warum die Industrievertreter reserviert bis ablehnend auf das Modell 1.0 des Referats für Wirtschaft und Beschäftigung reagierten, lag

- an der Befürchtung, dass später alle anderen Gewerkschaften im Industriebeirat vertreten und somit ein Übergewicht der Gewerkschaften gegeben sein bzw. der Industriebeirat allgemein von Nicht-Industrieunternehmen dominiert werden könnte. Die Unternehmensmehrheit müsse gewahrt bleiben.

- an dem Bedürfnis, sich auf Entscheidungsebene in offener, vertrauensvoller Atmosphäre über industrierelevante oder auch unternehmensspezifische Themen auszutauschen, wo Externe (im Sinne Hochschulen, Kammern, Gewerkschaften etc.) nicht teilnehmen sollen. Die Industrievertreter sehen den Industriebeirat als ein Gremium an, in dem man sich auf Geschäftsleitersebene über industrierelevante Themen und möglicherweise unternehmensspezifische Fragen austauscht, Stellung zu lokalen industrierelevanten Themen bezieht und im Dialog mit der Stadtpolitik für verbesserte Rahmenbedingungen sorgt.

In einem Telefonat des Referats für Wirtschaft und Beschäftigung mit Herrn Sascha Schmidt vom DGB am 2. März 2021, in dem das Referat Bedauern über den Ausgang der Sitzung der AG geäußert hatte, teilte Herr Schmidt mit, man kläre gewerkschaftsintern eine Mandatsübertragung der anderen Gewerkschaften auf die IG BCE, um der Sorge eines gewerkschaftlichen Übergewichts im Industriebeirat zuvorzukommen. Die Ansprechpartnerin für Industrie im Referat für Wirtschaft und Beschäftigung informierte die Industrieunternehmen sodann im Umlaufverfahren über diese neuen Überlegungen der Gewerkschaften, die eine entscheidende Veränderung der Ausgangslage darstellte. Sie stellte noch einmal zur Diskussion, die Gewerkschaften unter diesen Umständen als gleichberechtigtes Beiratsmitglied zuzulassen (ebenso auch die anderen assoziierten Partner) und die Trennung in „ordentlich“ und „beratend“ aufzuheben. Ausnahmslos alle Industrievertreter stimmten gegen die Aufhebung dieser Trennung. Auch Hintergrundtelefonate der Ansprechpartnerin für Industrie mit einigen Industrievertretern konnten an dieser Auffassung nichts ändern.

Die Gewerkschaften reagierten mit einem kritischen Schreiben gegenüber diesem Modell (17. März 2021) an mich.

Den nächsten Versuch, Einfluss auf die Haltung der Industrievertreter zu nehmen, unternahm das Referat für Wirtschaft und Beschäftigung in einer AG-Sitzung am 23. März 2021. Hierzu hatte das Referat eine Unternehmensvertreterin des Frankfurter Masterplans eingeladen, die den Auftrag hatte, über die gute Zusammenarbeit der Wirtschaft mit den Gewerkschaften bei übergeordneten industrierelevanten Themen und Projekten in Frankfurt zu berichten. Der Vortrag wurde als interessant bewertet, doch das Frankfurter Modell als nicht übertragbar auf Wiesbaden angesehen. Bei der Vorstellung des Modells für den Industriebeirat, bei dem das Referat wiederholt für ein breites Bündnis unter Einschluss der Gewerkschaft IG BCE warb, drohten einige Industrievertreter damit, nicht am Industriebeirat teilzunehmen und das gesamte Projekt zum Scheitern zu bringen, sollte das Modell gleichberechtigter Partner durchgehen.

Ich habe in meinem Schreiben an den DGB am 30. März 2021 als Antwort auf sein Schreiben vom 17. März 2021 mein Bedauern über diese Entwicklung zum Ausdruck gebracht und versucht, die Chancen darzulegen, die in einer assoziierten Mitgliedschaft auch für die Gewerkschaften liegen.

Die Mitwirkenden der Arbeitsgruppen und potenzielle Mitglieder eines Industriebeirats wurden im Juni 2021 aufgefordert, die „Gemeinsame Erklärung“ nach mehreren Abstimmungsrunden frei zu geben und sich zu positionieren, ob sie diese final unterzeichnen würden. Erst nach gesonderter wiederholter Aufforderung durch das Referat für Wirtschaft und Beschäftigung an den Gewerkschaftsvertreter der IG BCE (17. Juni 2021), sich diesbezüglich zu äußern, reagierte der DGB mit dem Schreiben vom 29. Juni 2021, in dem er einer Mitwirkung als assoziierter Partner ohne volles Stimmrecht eine Absage erteilte.

Am 11. August 2021 veranstaltete das Referat für Wirtschaft und Beschäftigung ein Treffen der assoziierten Mitglieder, um deren Rolle bzw. Rollenverständnis als assoziierte und Anforderungen an eine Zusammenarbeit mit dem Industriebeirat (als Gremium der Unternehmen) zu klären. Das Referat hat auch die IG BCE zu diesem Treffen schriftlich per Mail eingeladen, trotz des Schreibens vom 29. Juni 2021. Der Ansprechpartner bei der Gewerkschaft IG BCE reagierte in keiner Weise auf diese Einladung und nahm nicht am Treffen teil. Dies hat den Eindruck bestätigt, dass die Gewerkschaft vorerst kein Interesse an einer Mitwirkung als assoziiertes Mitglied hat.

Das Referat für Wirtschaft und Beschäftigung koordinierte wenig später ein Treffen der Unternehmen des künftigen Industriebeirats (16. August 2021). Dabei wurde als ein Punkt das von den assoziierten Partnern zuvor entwickelte Rollen- und Selbstverständnis präsentiert, welches unter anderem eine Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ mit den Unternehmen fordert und zum Ausdruck brachte, dass die assoziierten im Modell 2.0 von zwei parallelen Gremien ausgingen: dem Industriebeirat als Gremium der Unternehmen und einem Gremium der assoziierten mit beratender Funktion, die themen- und fallweise hinzugezogen werden. Das Ergebnis der Diskussion der Industrievertreter nach der Präsentation dieses Selbstverständnisses der Assoziierten:

- Die Unternehmensvertreter räumten ein, dass es sich möglicherweise um ein Missverständnis gehandelt haben mochte und betonten, dass der Industriebeirat ein gemeinsames Gremium ist, das aus Industrievertretern, assoziierten Mitgliedern und dem Wirtschaftsdezernat der Stadt besteht, und in dem jede Gruppierung eine spezifische Funktion hat. Es wurde festgehalten, dass der Industriebeirat in dieser Zusammensetzung in der Regel gemeinsam tagt.
- Es wurde nochmals festgehalten, dass der Kreis der assoziierten Mitglieder um relevante Gruppierungen erweiterungsfähig ist, die dazu beitragen können, den Industriestandort weiterzuentwickeln. Dazu gehören auch die Gewerkschaften.
- Eine Mitwirkung aller Mitglieder „auf Augenhöhe“ wird als selbstverständlich angesehen; die Unternehmen im Industriebeirat behalten sich allerdings bei Bedarf steuerungsrelevante Entscheidungen des Gremiums bzw. des IndustrieNetzwerks und Austausch allein im Unternehmerkreis zu spezifischen Unternehmensbelangen vor.
- Die assoziierten Mitglieder nehmen eine sehr wichtige Rolle als Experten, Berater und Multiplikatoren ein. Sie bringen - ihrem eigenen Selbstverständnis entsprechend - übergeordnete Expertise/Perspektive in industrierelevante Themen und Aktivitäten und ein breites Kontaktnetz ein.
- Die Unternehmen akzeptierten das in dieser Form modifizierte Modell (Modell 2.1: Industriebeirat = 1 Gremium, bestehend aus Industrieunternehmen + Assoziierten + Wirtschaftsdezernat; in der Regel gemeinsame Treffen, unterschiedliche Rollen).

Am 6. Oktober 2021 habe ich bei der konstituierenden Sitzung des Industriebeirats gegenüber den Industrievertretern noch einmal die Position vertreten, dass die Gewerkschaften als assoziiertes Mitglied des Industriebeirats mitwirken und genauso wie IHK, VhU und Hochschulen ihre Perspektive und Expertise zu den industrierelevanten Themen einbringen sollten.

Ich habe die Position, dass die Gewerkschaften als assoziiertes Mitglied im Industriebeirat mitwirken können, auch im Pressegespräch zur konstituierenden Sitzung des Industriebeirats noch einmal wiederholt und damit eine erneute Einladung ausgesprochen.

Der Industriebeirat ist ein breites Bündnis, in dessen Zentrum die Industrieunternehmen stehen. Eine Gewerkschaft ist als Organisation/Intermediäre anzusehen, gleichbedeutend mit den Arbeitgeberverbänden und Kammern - nicht jedoch als gleichbedeutend mit der Geschäftsleitung eines Industrieunternehmens, welche in Verantwortung für das Unternehmen unternehmerische und strategische Entscheidungen trifft. Eine Gewerkschaft ist als assoziiertes Mitglied des Industriebeirats seitens der Industrieunternehmen und der anderen assoziierten Mitglieder willkommen, dem Beirat einer konstruktiven Zusammenarbeit beizutreten.

In meiner Wahrnehmung begründen sich die Bedenken einiger Industrievertreter an einer Mitwirkung der Gewerkschaft an folgenden Punkten:

1. Die Unternehmensvertreter möchten vermeiden, dass das Gremium von Intermediären, Verbandsmitgliedern oder auch Vertretern mehrerer Einzelgewerkschaften dominiert wird, da der Fokus des Industriebeirats auf den Interessen der Industrieunternehmen, vertreten durch die Geschäftsführungen, liegt. Dies könnte dadurch gelöst werden, indem die verschiedenen Gewerkschaften eine interne Mandatsübertragung auf eine Gewerkschaft vornehmen, die im Industriebeirat als assoziiertes Mitglied vertreten ist.
2. Darüber hinaus besteht seitens einiger Industrievertreter die Befürchtung, dass konfliktbehaftete Themen der Tarifparteien in die Arbeit des Industriebeirats hineingetragen werden, diese beeinträchtigen und eine offene Diskussionskultur erschweren.
3. Der Gewerkschaftsvertreter der IG BCE hat in den bisherigen Gesprächen mit dem Referat für Wirtschaft und Beschäftigung von einer vermeintlich zugewiesenen Rolle der Gewerkschaft am „Katzentisch“ (Zitat) gesprochen und damit die schriftliche Absage an einer Mitwirkung am Industriebeirat begründet. Nachdem die Mitglieder des designierten Industriebeirats am 16. August 2021 noch einmal die Rolle der Assoziierten und eine Zusammenarbeit mit diesen „auf Augenhöhe“ betont haben, besteht möglicherweise bei den Gewerkschaften Gesprächsbereitschaft über die Mitwirkung als assoziiertes Mitglied.

